

WÄHRUNGSANALYSE



Widerstand 2 (W2):	1,2005	-0,00201	fallend pro Tag
Widerstand 1 (W1):	1,1940	-0,00330	fallend pro Tag
Unterstützung 1 (U1):	1,1858	+0,00210	steigend pro Tag
Unterstützung 2 (U2):	1,1806	+0,00105	steigend pro Tag

W2 wird auf das High vom 29. 8. parallel verschoben. W1 wird auf das High vom 1. 9. parallel verschoben. U1 wird auf das Low vom 1. 9. parallel verschoben. U2 wird unverändert weitergeführt.

RESÜMEE:

EURUSD stieg im Aufwärtstrendkanal der U2 auf ein 32-Monats-Hoch bei 1,2065, knapp unter das 50%-Retracemnt. Der RSI hat ein Verkaufssignal gebildet. Der SX0 fällt in den positiven Bereich.

Ein Kaufsignal (Long) wird nicht postuliert, da Indikatoren signale fehlt.

Ein Verkaufssignal (Short) wird nicht postuliert, da ein signifikanter U1 fehlt.

BK TERMINKALENDER

7.9.	EU	EZB Governing Council - Monetary policy meeting (Frankfurt), Pressekonferenz
7.9.	EU	BIP und Hauptaggregate Q2/2017
8.9.	DE	Außenhandel (Juni)
8.9.	CH	Die Lage auf dem Arbeitsmarkt (August)
12.9.	EU	Langfristige Rendite öff. Anleihen (August)
12.9.	EU	EZB: 3-Monats-Zinssätze (August)
13.9.	DE	Arbeitslose und Arbeitsuchende (Q2)
13.9.	EU	Industrieproduktion (Juli)
14.9.	CH	SNB: Geldpolitische Lagebeurteilung
14.9.	US	Consumer Price Index (August)
15.9.	EU	Intern. Warenverkehr (Juli)
18.9.	DE	Verbraucherpreisindex (August)
18.9.	EU	Inflation (HVPI) (August)
19.9.	EU	EZB: Euroraum mtl. Zahlungsbilanz (Juli)
19.9.	DE	ZEW Konjunkturerwartungen
19.-20.9.	US	Fed: FOMC Meeting, Pressekonferenz
20.9.	EU	EZB Governing Council - Non-Monetary policy meeting (Frankfurt)
20.-21.9.	JP	Bank of Japan: Monetary Policy Meeting
21.9.	EU	EZB General Council (Frankfurt)
21.9.	CH	Volkswirtschaftliche Daten (September)

€-WOCHENVERGLEICH

	25. 8.	1. 9.	
USD	1,1808	1,1920	▲
CHF	1,1390	1,1441	▲
JPY	129,5900	131,29	▲
GBP	0,9208	0,9208	▶

ZINSEN AM 1. 9. 2017

EURIBOR 1 Monat
EUR = -0,37300 %

LIBOR 1 Monat
USD = 1,23056 %
CHF = -0,78780 %
JPY = -0,05557 %
GBP = 0,24888 %

INFLATION

Inflationsrate (Österreich)	
Durchschnitt 2016	0,9 %
Juli 2017 vorl.	2,0 %
Juni 2017 endg.	1,9 %
VPI Österreich (Juni 2017)	
VPI 2010	113,7
VPI 2000	137,6
VPI 1996	144,8
VPI 1986	189,4

International	
Euroraum (Juli17)	1,3 %
EU28 (Juli17)	1,5 %
Schweiz (Juli17)	0,3 %
USA (CPI-U) (Juli17)	1,7 %
Japan (Juli17)	0,4 %

Frauenquote: Ein Gespräch über Erfahrungen und Diversity in Führungsgremien Buntere Boards als Signal für Investoren

Wenn zum Jahreswechsel in Österreich die sogenannte Frauenquote in Kraft tritt, hat man in Deutschland diesbezüglich schon zweieinhalb Jahre Erfahrung.

Denn bei unserem großen Nachbarn ist seit 1. Mai 2015 das „Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen“ (FüPoG) in Kraft. Um den Anteil von Frauen in Führungspositionen signifikant zu erhöhen, gilt somit seit Anfang 2016 eine Geschlechterquote von 30 % für neu zu besetzende Aufsichtsratsposten in etwa 100 großen Unternehmen. Der **Börsen-Kurier Wilke** (Bild), Gründerin und geschäftsführende Geschäftsführerin von „Women's Boardway - Deutsche Gesellschaft für Frauen in Führungspositionen mbH“, über Erfahrungen und Diversity in Führungsgremien.

Zwei Säulen

Das FüPoG für die Privatwirtschaft basiert auf zwei Säulen: Die erste besteht aus einer fixen Quote von 30 % für das jeweils unterrepräsentierte Geschlecht für neu zu besetzende Aufsichtsratsposten in Unternehmen, die börsennotiert und voll mitbestimmungspflichtig sind. Das sind in der Regel Unternehmen mit mehr als 2.000 Beschäftigten und einem von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite paritätisch besetzten Aufsichtsrat. Sollte die Quote bei einer AR-Wahl nicht beachtet werden, bleiben die für das unterrepräsentierte Geschlecht vorgesehenen Plätze rechtlich unbesetzt. Dieser „leere Stuhl“ birgt für die Kapitalvertreter das Risiko, dass sie we-

niger Stimmen als die Belegschaftsvertreter haben. Bisher sei daher noch kein Stuhl leer geblieben ...

Die zweite Säule besteht aus einer sogenannten „Zielgrößenverpflichtung“. Danach müssen sich Unternehmen, die börsennotiert oder mitbestimmungspflichtig sind, eigene Zielgrößen zur Erhöhung ihres Frauenanteils geben. Sie müssen für ihre Aufsichtsräte, aber auch für ihre Vorstände und obersten Managementebenen Ziele bestimmen und darüber öffentlich in ihrem Lagebericht informieren. Die Bundesregierung überprüft den Fortschritt in einem jährlichen Bericht. Die Zielgrößenverpflichtung sieht keine allgemeine Mindestzielgröße vor. Stattdessen können Unternehmen eigene Ziele definieren. Jedoch darf die Zielquote nicht unter den vorherigen Stand sinken, wenn dieser unter 30 % lag. Diese zweite Säule betrifft rund 3.500 Unternehmen.

Transformation

Für Wilke geht es in der Praxis nicht um ein Männer versus Frauen, sondern um ein sinnvolles Miteinander: „Es geht nicht um ein Ausmusterung sogenannter ‚Old Boys‘, denn ihr berufliches Erfahrungswissen ist durchaus wertvoll. Vielmehr geht es darum, Gremien weiter zu professionalisieren und den Wertewandel voranzubringen: Ethisch-moralische und transparente Prinzipien sind der zeitgemäße Gegenentwurf, wenn es darum geht, die



Foto: Women's Boardway

Digitale Transformation mitzugestalten.“

Vorzeigefirmen

Dass Investoren bei ihrer Aktienauswahl (auch) auf die Diversität der Aufsichtsratsorgane schauen, sei zu begrüßen. In Deutschland würden adidas, Deutsche Telekom oder Lufthansa in puncto Frauenanteile als Vorzeigefirmen genannt. Zwei Unternehmen haben weibliche Aufsichtsratsvorsitzende: Aareal Bank und Telefónica. Und es gibt einen speziellen „German Gender Index“ und einen börsennotierten Fonds dazu. Dem Gedanken, dass, wenn es mehr weibliche Aktionäre gäbe, diese mit Wortmeldungen und ihrem Abstimmungsverhalten in Hauptversammlungen umdenken und Veränderungen bewirken können, kann Wilke einiges abgewinnen.

Signale an Anleger

Wie eine Studie der AllBright-Stiftung festgestellt hat, werden noch immer überwiegend

ähnliche Typologien von Führungskräften eingestellt. Laut der Expertin für New Work und Digitalisierung Wilke solle das FüPoG diesem „Thomas-Kreislauf“ entgegenwirken. Der Name „Thomas-Kreislauf“ rührt daher, dass es in Deutschland mehr CEOs mit Vornamen Thomas gibt, als weibliche Vorstände insgesamt. Laut einer McKinsey-Studie seien Unternehmen mit signifikant mehr Frauen in den Organen kreativer und weisen bessere Ergebnisse aus. InvestorInnen können weibliche Führungskräfte als „positives Signal“ sehen, dass sie es mit „fortschrittlichen, innovationsfreudigen Unternehmen zu tun haben“, so Wilke und betont: „Digitalkompetenzen und fachliche Qualifikationen sind wichtig, keine Frage. Mindestens ebenso wichtig ist die Persönlichkeit, die jemand mitbringt. Mutige Führungspersönlichkeiten, die zu ihren Überzeugungen stehen, sind entscheidend für den Unternehmenserfolg.“ *Manfred Kainz*

ZAHLEN UND FAKTEN

MICHAEL KORDOVSKY, FINANZEXPERTE

Gefühlte Inflation versus offizieller Statistik



Foto: Kordovsky

Die als Inflationsrate ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak definierte Kerninflation des Euroraums verharrte im August auf 1,2 %. Basiseffekte bei den Energiepreisen führten allerdings dazu, dass die Gesamtinflation von 1,3 % wieder auf 1,5 % anstieg. Die im HVPI mit 9,53 % gewichtete Energiekomponente stieg nämlich im August im Vorjahresvergleich um 4 % verglichen mit 2,2 % im Juli.

Daten für die einzelnen Länder liegen für Juli vor. Zu diesem Zeitpunkt wiesen nur zwei EU-Mitgliedsstaaten eine Negativinflation auf, nämlich Irland (-0,2 %) und Zypern (-0,1 %). Indessen verzeichneten folgende Mitgliedsstaaten im Juli die höchste Teuerung: Litauen (4,1 %), Estland (3,9 %), UK und Lettland (je 2,6 %). Diese Extreme herausgeschnitten bewegen dann die Inflationsbandbreiten zwischen 0,6 und 2,4 %.

In Österreich beträgt sie 2 %. Das wären alles noch modera-

te Werte. Doch es gibt eine Asset-Inflation, die das Wohnen wesentlich verteuert.

Die aggregierten Preise für Wohnimmobilien werden nämlich an den Hauspreisindizes (HPIs) für die EU und den Euroraum gemessen und diese zeigten im 1. Quartal 2017 Anstiege von jeweils 4,5 bzw. 4 %. Den höchsten Hauspreisanstieg um 12,8 % gab es dabei in Tschechien. In Österreich verteuerten sich Wohnimmobilien im 4. Quartal 2016 und 1. Quartal 2017 um jeweils 7 bzw. 4,8 %.

Darüber hinaus ist hierzulande eine Geldentwertung an der Supermarktkasse spürbar und dies lässt sich anhand von zwei Indikatoren messen, nämlich des Mikrowarenkorbs, dem Index des täglichen Bedarfs, der die Teuerung des täglichen Einkaufs widerspiegelt und des Miniwarenkorb, der als Index des wöchentlichen Bedarfs zeigt, um wie viel sich der „standardisierte“ Wocheneinkauf ver-

teuert. Um einmalige Verzerrungen auszuschließen, erfolgt die Berechnung der durchschnittlichen Inflationsrate für die Monate April bis Juli auf Basis des HVPI. Diese beträgt in Österreich 2,1 %. Demgegenüber stellt man im gleichen Zeitraum die durchschnittlichen Anstiege des Mikro- und Miniwarenkorb. Diese lagen bei jeweils 3,35 bzw. 2,825 % oder - anders ausgedrückt - jeweils um 1,25 bzw. 0,725 %-Punkte über der offiziellen Inflationsrate. Das in Kombination mit einer Verteuerung der Wohnraumbeschaffung stellt für viele eine stärkere individuelle Geldentwertung dar, als die offiziellen Inflationsdaten kommunizieren.

Auch sollte ein kritischer Blick darauf geworfen werden, wie bei der Inflationsberechnung Änderungen des Ausgabenverhaltens behandelt werden, denn: Interpretationsspielräume bietet die regelmäßige Anpassung der Waren-

körbe auf Änderungen der Nachfragegewohnheiten, insbesondere infolge der fortschreitenden Digitalisierung. Die Gefahr besteht, dass hier Änderungen des Konsumverhaltens abgebildet werden, die von der Realität zu stark abweichen. Güter mit unterdurchschnittlichen oder gar rückläufigen Preistrends könnten nämlich zu stark gewichtet werden.

Das andere Extrem hingegen ist, sich zu stark auf die „gefühlte Inflation“ zu verlassen, denn diese basiert auf selektiver Wahrnehmung. Die Wahrheit liegt wahrscheinlich irgendwo in der Mitte zwischen Miniwarenkorb, Betrachtung der Asset-Inflation und der offiziellen Inflationsrate. Darüber hinaus gibt es - je nach Ausgabenstruktur - noch die individuelle Teuerung. Allerdings kristallisiert sich auch hier eines heraus: Die wahre Geldentwertung dürfte stärker sein, als offizielle Inflationsstatistiken kommunizieren.



Besuchen Sie uns auch auf Facebook

www.facebook.com/boersenkurier